

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Moratorium für die Mecklenburgische Südbahn

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die Entscheidung über die Einführung eines Schienenersatzverkehrs zwischen Parchim und Malchow solange auszusetzen, bis der integrierte Landesverkehrsplan beschlossen ist.
2. wie im gültigen auch in die Fortschreibung des Landesraumentwicklungsprogramms die Bahnstrecke Ludwigslust-Parchim-Waren (Müritz) als „vorrangig zu ertüchtigen“ aufzunehmen, um die Strecke zwischen Hagenow und Neustrelitz als durchgängige Schienenverbindung zu erhalten.
3. in Zusammenarbeit mit den betroffenen Landkreisen nach Lösungen für die Erhöhung der Attraktivität der Bahnverbindung zu suchen. Ziel ist, weitere Nutzergruppen für die Mecklenburger Südbahn zu erschließen. Dafür sind
 - die Vorschläge der Bürgerinitiativen und Fahrgastverbände einzubeziehen,
 - die Kreise Ludwigslust-Parchim und Mecklenburgische Seenplatte bei der Erarbeitung von Nahverkehrsplänen, die Bus und Bahn sowie weitere Verkehrsträger miteinander verbinden, zu unterstützen.

Helmut Holter und Fraktion

Begründung:

Die Mecklenburgische Südbahn hat eine herausragende Erschließungsfunktion für das südliche Mecklenburg-Vorpommern und die Mecklenburgische Seenplatte und ist für die Versorgung der Bevölkerung mit Mobilitätsangeboten unverzichtbar. Mit dieser Strecke wird die Region gleichzeitig an Berlin und Hamburg angebunden. Darüber hinaus ist diese Strecke für die touristische Nutzung der Region von außerordentlicher Bedeutung.

Die Mitglieder des Regionalen Planungsverbands Westmecklenburg forderten bei ihrer jüngsten Versammlung das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Raumentwicklung auf, die gesamte Bahnverbindung zwischen Hagenow und Neustrelitz zu erhalten. Ebenso gibt es zahlreiche Beschlüsse der Kreistage und vieler Städte entlang der Bahnstrecke zum Erhalt der Strecke in Gänze. Fahrgastverbände, Bürgerinitiativen und viele Fahrgäste kämpfen um den Erhalt der Mecklenburgischen Südbahn. Mehrere Tausend Unterschriften wurden gesammelt und der Landesregierung übergeben.

Das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung kann mit einem Moratorium zu seiner Entscheidung, eine Teilstrecke der Südbahn abzubestellen, Zeit gewinnen, um gemeinsam mit den betroffenen Landkreisen Lösungen zu finden, die Strecke in Gänze zu erhalten.